



21. Juli 2019

CHF 5.00 | EUR 4.50  
www.sonntagszeitung.ch

Nr. 29 | 33. Jahrgang | AZA 8021 Zürich  
Redaktion: 044 248 40 40 Aboservice: 044 404 64 40  
Gratisnummer Wochenende von 8 Uhr bis 11 Uhr: 0800 808 014

**Nummerngirls**

Warum sie nur noch vorgestrig sind

Gesellschaft — 41

**Der Allerwerteste**

Die Geheimnisse unseres Hinterns

Wissen — 52

**Thabo Sefolosa**

Der Basketball-Star, der die USA eroberte

Sport — 27

**25° Alpen** In den Bergen bleibt es lange unbeständig, erst gegen Abend Wetterbesserung.

**28° Mittelland** Am Morgen noch einzelne Regengüsse, danach immer mehr Sonne.

**32° Tessin** Im Süden scheint bereits am Morgen die Sonne, und es bleibt schön.



## Wegen Schulzwist: Kesb nimmt Mutter Kinder weg

Zürich Mit einem Grossaufgebot an Polizisten in Vollmontur liess die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) der Stadt Zürich einer Mutter ihre drei Kinder wegnehmen und in ein Heim platzieren. Ein Trauma für die ganze Familie. Die Frau hat die Kinder im Alter zwischen 5 und 13 Jahren weder geschlagen noch psychischen Leiden ausgesetzt. Sie hat sie aber zu Hause geschult und lebt ein unkonventionelles Leben. Erst nachdem die Kinder bereits sieben Monate im Heim verbracht hatten, bremste das Zürcher Obergericht die Kesb. Die Kinder seien weder verwahrlost, noch hätten sie schulische Lücken, hiess es im Entscheid. Doch das ist erst ein Zwischenentscheid – die Mutter bangt weiter um ihre Kinder. Generell zeigen die gesamtschweizerischen Zahlen bei den Fremdplatzierungen grosse kantonale Unterschiede, obwohl überall die gleichen Gesetze gelten. **Fokus — 16**

## Glosse

### P.S. Die nackten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache

Leserreporter Ruedi F. staunte nicht schlecht und traute seinen Augen kaum, als ihm die Schlagzeile aus dem «Stern» entgegensprang: «Streaming von Online-Pornos produziert so viel CO<sub>2</sub> wie ganz Belgien». Offensichtlich kein Einzelfall, denn andere Medien sprechen von ganz Rumänien. Kein Wunder, ist da schnell einmal das verhängnisvolle Wortspiel von den Treibhausgasen zur Hand beziehungsweise in aller Munde. Schlimm: Der Konsum eines einzigen Pornos durchschnittlicher Länge entspricht einem ökologischen Fussabdruck von zusammengekommen dreissig Tennisplätzen. Übers Jahr gerechnet entsteht dabei ein Dichtestress von der Grösse einer mittleren Kleinstadt wie Luzern, St. Gallen oder Winterthur.

Eigentlich sollten sich angesichts solcher Fakten die Rumänen oder doch wenigstens die Belgier gehörig etwas schämen, aber, wie unsere unrepräsentative Online-Umfrage zeigt, bleibt der sogenannte Greta-Effekt beim Pornoschauen weitgehend aus. Leserreporter Ruedi F. hat indessen für sich die Konsequenzen gezogen: «Ich will nicht von eigentlicher Pornoscham sprechen, aber ich kompensiere ab sofort jede Stunde Online-Porno mit mindestens 45 Minuten Tier-Doku auf 3sat.» Ausserdem werde er vermehrt darauf achten, keine ausländischen Billig-Pornos mehr zu streamen. Viele dieser «Filmchen» seien primitiv und «einfach nur unter der Gürtellinie». Ruedi F. findet es sehr schade, «dass leider nicht mehr Menschen so denken wie ich». **Peter Schneider**

## Milliardengeschäft Take-away

Wer vom neuesten Boom in der Gastronomie profitiert – und wer ihn verschlafen hat

Wirtschaft — 31



Foto: Philipp Rohner

## Gefährlicher Schweizer Jihadist aufgespürt

Der in Syrien verhaftete Gotteskrieger hatte sich in Genfer Moschee radikalisiert

Bern In einer koordinierten Aktion haben kurdische Milizen einen der gefährlichsten Schweizer Jihadisten in Syrien aufgespürt und verhaftet. Der 24-jährige Genfer Daniel D. wurde dabei verwundet und befindet sich inzwischen in einem Gefängnis in Nord-syrien. 2014 schloss sich der Konvertit dem Islamischen Staat an. Zuvor hatte er sich unter anderem in der Grossen Moschee von Genf radikalisiert. Dort bewegte er sich in einer Gruppe junger Extremisten.

Zwei von ihnen, ebenfalls Konvertiten, wanderten nach Marokko aus und bewegten sich dort erneut im Umfeld von IS-Anhängern. Mit ihnen stand Daniel D. auch vom syrisch-irakischen Kriegsgebiet aus in Kontakt. Er wollte mit ihrer Hilfe in die Schweiz zurückkehren, mutmasslich, um einen Terroranschlag auszuführen. Die beiden in Marokko lebenden Schweizer wurden inzwischen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. **Schweiz — 6**

# Die Jugend reist im Flugzeug statt im Zug

Umfrage zeigt keinen «Greta-Effekt»: Für die meisten Jugendlichen spielt das Klima bei der Ferienwahl keine Rolle

Tina Huber, Barnaby Skinner, Lisa Aeschlimann, Simon Widmer

Bern Ausgerechnet Schüler und Jugendliche, die das Thema Klimawandel auf die politische Agenda gesetzt haben, verhalten sich beim Reisen am wenigsten umweltfreundlich. Das zeigt eine repräsentative Umfrage der SonntagsZeitung. Zwei Drittel der 13- bis 17-Jährigen gaben an, dieses Jahr mit dem Flugzeug oder dem Auto in die Ferien zu reisen. Auch bei den 18- bis 24-Jährigen sind es immer noch über 58 Prozent. Auf solch hohen Werten kommt keine andere Altersgruppe in der Umfrage.

Auch bei der Wahl der Feriendestination spielt der «Greta-Effekt» bei den Jungen eine untergeordnete Rolle. Über die Hälfte der Befragten bis 24 Jahre denkt bei

der Ferienwahl nicht ans Klima – ganz im Gegensatz zu den 35- bis 54-Jährigen, die mehrheitlich an den Klimaschutz denken, wenn sie eine Reise buchen.

Die Resultate zeigen ebenso wie die neuesten Zahlen des Flughafens Zürich, dass die Klimadiskussion der letzten Monate bisher wenig Einfluss auf die Menschen hat. Jonas Kampus, 18, Mitglied bei Swiss Youth for Climate, dem Schweizer Ableger von Fridays for Future, zeigt sich enttäuscht: Ein Trend wie das Billig-Reisen mit dem Flugzeug lasse sich «wohl nicht so einfach umdrehen», sagt Kampus. Die Grüne Partei fordert eine Flugticketabgabe und mehr Nachtzüge ins Ausland. Für die SVP macht die Umfrage deutlich, «dass sich nur Gutsituierte die links-grünen Utopien leisten können». **Schweiz — 2/3**

## Suizidrisiko je nach Beruf deutlich höher

Lausanne Chauffeusen, Bauern und Pflegende begehen in der Schweiz am häufigsten Suizid. Es sind die Berufe mit dem höchsten Risiko, wie eine neue Studie zeigt. Die Lausanner Forscher analysierten fast 20 000 Fälle. Erstmals können sie aufzeigen, welche Branchen und Jobs gefährdet sind. Aber auch, dass sich vor allem Arbeitslose oft das Leben nehmen. Helfen würde spezifische Prävention, doch an dieser mangelt es zum Teil. Bund und Kantonen untersuchten in den letzten Jahren bei 185 Firmen, wie diese für die psychische Gesundheit ihrer Mitarbeiter sorgen. Der Schlussbericht hält fest: «Bestimmten Arbeitgebenden fehlt es an der Bereitschaft zu handeln, anderen an den Mitteln, wieder andere meinen, dass psychosoziale Risiken in erster Linie private Probleme sind.» **Schweiz — 4**

## Dichtestress sorgt für Zoff auf Campingplätzen

Zürich Campingferien in der Schweiz boomen. 3,6 Millionen Übernachtungen wurden letztes Jahr gebucht, rund 35 Prozent mehr als 2015. Doch nicht immer herrscht entspannte Ferienstimmung. «Wenn so viele Leute auf engem Raum zusammen sind, gibt es verschiedene Interessen, und es entstehen Konflikte», sagt Walter Bieri vom Schweizerischen Camping-Verband. «Je mehr Stammplätzer man hat, desto extremer wird das.» Sie sind ausgestattet mit Dauerparzelle, fix installiertem Wohnwagen – und einem gesunden Selbstbewusstsein. «Wenn die Touristen kommen, müssen diese Dauercamper zeigen, dass sie die Platzkönige sind», sagt Bieri. Bei Streit muss der Platzwart schlichten. Er kontrolliert, ob alles in Ordnung ist. Und immer wieder zeigt sich: Ist es nicht. **Schweiz — 7**



Editorial

### Ein einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis bringt mehr als Werbeverbote für Fleisch und Flüge

Wir haben es ja geahnt. Trotz Klimastreik und «Flugscham» fliegen Schweizerinnen und Schweizer in diesem Sommer mehr denn je. Und es sind nicht die Jugendlichen oder die Millennials, die sich in den Ferien besonders umweltbewusst und klimaschonend verhalten – es sind wenn schon die die älteren Generationen, wie meine Kollegen mit einer Umfrage in der Bevölkerung und einer Reportage am Flughafen in Erfahrung brachten.

Die Klimaaktivisten sind eine kleine, radikale Minderheit. Ihre Taktik beschert ihnen maximale mediale Präsenz und grosse Aufmerksamkeit, wie die Blockierung der Zugänge zu den Banken UBS und Credit Suisse gezeigt hat. Aber ihre Forderungen – Null-emissionen bis 2025 oder 2030 – und ihre Weltuntergangsrhetorik sind nicht mehrheitsfähig. Was ihre Radikalität aber nur anstachelt.

In London und anderen britischen Städten lässt sich dieser Tage beobachten, was noch auf uns zukommen wird. Aktivisten der Bewegung

«Extinction Rebellion» blockieren Strassen, Brücken und öffentliche Plätze. Mit zivilem Ungehorsam, Gewaltverzicht und Partystimmung versuchen sie die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen. Gleichzeitig wollen sie möglichst viel wirtschaftlichen Schaden anrichten. Die Welt stehe wegen des Klimawandels am Abgrund, Staat und Demokratie hätten versagt, deshalb sei Notwehr gerechtfertigt, so die Argumentation. Ihre Wortführer verlangen von den jungen Aktivisten, sich festnehmen zu lassen und im Extremfall das Leben zu riskieren, denn Märtyrer würden ihre Sache voranbringen. Mit solchen Taktiken lassen sich Diktaturen stürzen. In einer Demokratie müsste man die Mehrheit überzeugen. Das scheint «Extinction Rebellion» aussichtslos. Sie setzen auf «System Change», die Abschaffung des Kapitalismus. Was danach kommen soll, bleibt vage, denn konkrete Aussagen könnten die Sympathisanten erschrecken. In einer Zeit, in der linke und rechte Extremisten das Vertrauen in die demokratischen Problemlösungsfähigkeiten untergraben, tun die Behörden gut daran, sich nicht provozieren zu lassen.

Man muss den Klimaschutz nicht verabsolutieren, aber der ungebremste Klimawandel ist besorgniserregend. Wir brauchen eine wirksame Klimapolitik. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssen auf ihre Kosten und ihren Nutzen untersucht werden, damit sie im Parlament und später in der Volksabstimmung Bestand haben. Wahrscheinlich gibt es dann nicht Werbeverbote für Fleisch und Flüge, wie das die Basler Grünen verlangen. Sondern zum Beispiel einen einheitlichen Preis für CO<sub>2</sub>, wie es der Nobelpreisträger William Nordhaus fordert, der seit Jahrzehnten wirksame Instrumente für die Klimapolitik untersucht.



Armin Müller, Mitglied der Chefredaktion

armin.mueller@sonntagszeitung.ch  
www.facebook.com/sonntagszeitung

Leserangebot — 20 Rätzel — 51 Impressum — 18 Rendez-vous — 60 Immobilien Kauf — 60 Immobilien Miete — 60 Kino — 56 Veranstaltungen — 60



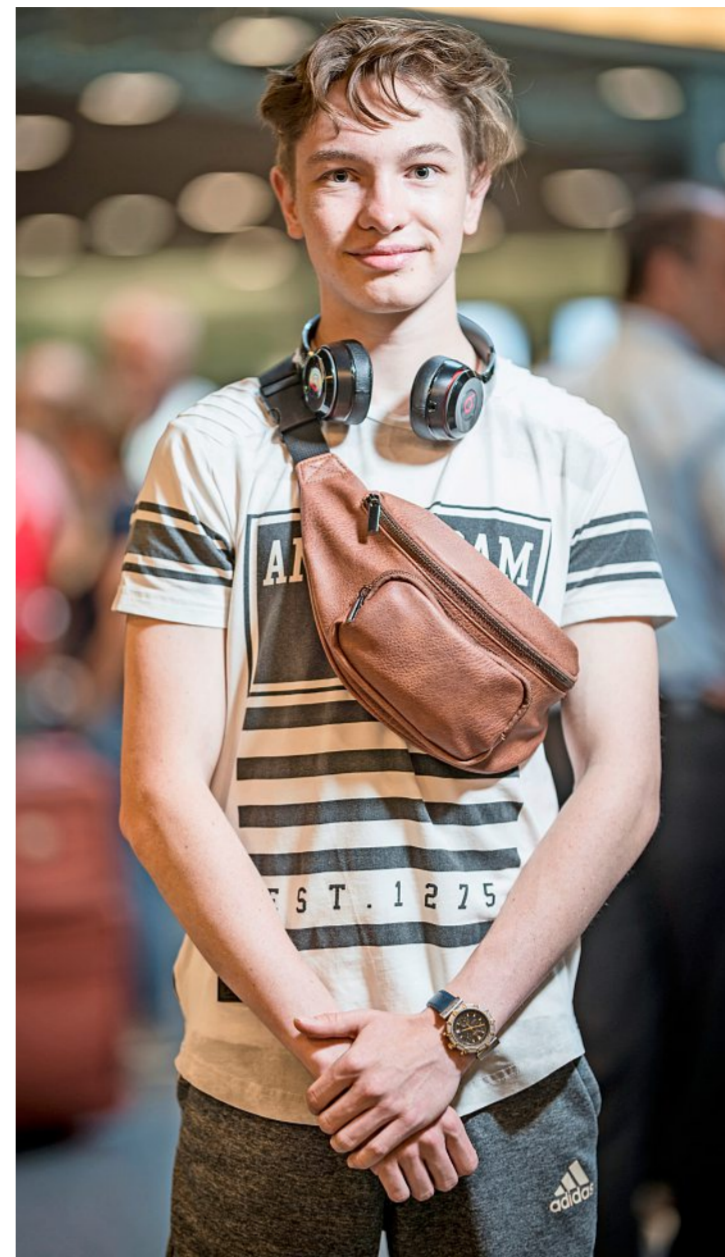
Gabriel Sommer, 21, fliegt nach Florenz  
«Mit dem Töff hätte ich sechs Stunden, das ist mir zu lange. Und das Flugzeug fliegt ja sowieso. Die Klimastreiks klingen nach einer guten Sache. Man merkt schon, dass es im Winter weniger Schnee hat. Auf die Strasse ging ich nicht, dafür interessiert es mich zu wenig.»



Victoria Blatter, 20, fliegt nach London  
«Ich bin auch schon mit dem Zug nach London gefahren. Dieses Mal passt es nicht, weil ich nur ein Wochenende lang verreise. Da würde die Zugreise zu viel Zeit wegfressen. Klimaschutz ist mir aber wichtig: Ich vermeide Produkte mit Plastikverpackung.»



Carla Hess, 19, fliegt nach Lanzarote  
«Meine Freundinnen und ich haben uns überlegt, das Auto zu nehmen, aber mit der Fähre und allem Drumherum wurde uns das zu kompliziert. Wenn man unterm Jahr vier fürs Klima macht, ist einmal Fliegen in Ordnung. Immerhin nehmen wir keinen Billigflieger. Das wäre schlimmer.»



Sascha Graf, 19, fliegt nach Amsterdam  
«Ich habe selber einmal fürs Klima demonstriert. Da die Demo am Samstag war, musste ich nicht schwänzen. Es ist sicher gut, spricht man vermehrt über das Klima. Ich selber fliege fast nie. Völlig auf Flugreisen zu verzichten, wäre mir aber zu extrem.»

# Von einem Umdenken ist wenig zu spüren

## Die Jugendlichen lassen sich trotz Klimastreiks nicht von Flugreisen abhalten – anders sieht es bei den über 45-Jährigen aus

Tina Huber, Barnaby Skinner (Text) und Joseph Khakshouri (Fotos)

Zürich 2019 ist das Jahr, in dem junge Menschen nicht Open Airs, sondern Klimafestivals besuchen, in dem Schüler fürs Klima die Schule schwänzen, Eltern sich am Familientisch rechtfertigen müssen, warum sie Fleisch essen, und Gymnasiasten ihre Matura-Reise mit dem Nachtzug antreten. Es ist das Jahr, in dem sich Schweizer Städte ehrgeizige Klimaziele setzen und die Welt auf eine 16-jährige schwedische Klimaktivistin blickt.

Das Klima ist das mediale, gesellschaftliche, politische Überthema, das die erste Hälfte dieses Jahres dominiert hat. Hitzegate, Sojaschnitzel, Elektroautos – kaum eine Debatte wurde davon nicht vereinnahmt. Nun ist der erste Sommer nach den Klimaprotesten angebrochen, die Frage lautet: Wie konsequent im Verzicht sind die Schweizerinnen und Schweizer, wenn es um ihre Ferien geht?

Eine exklusive Umfrage im Auftrag der Sonntagszeitung zeigt einen ernüchternden Trend. Auch in der Schweiz waren es Schüler und Jugendliche, welche die Klimastreiks angestossen haben – doch ausgerechnet diese Generation verhält sich beim Reisen am wenigsten umweltfreundlich. Auf die Frage, mit welchem Transportmittel sie dieses Jahr in die Ferien reisen, gaben zwei Drittel der 13- bis 17-Jährigen an: mit dem Auto oder Flugzeug. Je älter die Befragten, desto tiefer dieser Wert. Bei den 55- bis 64-Jährigen verreisen nur noch 35,7 Prozent mit Auto oder Flugzeug. An der repräsentativen Erhebung nahmen knapp 1000 Social-Media-Nutzer aus der gesamten Schweiz via Facebook oder Instagram teil.

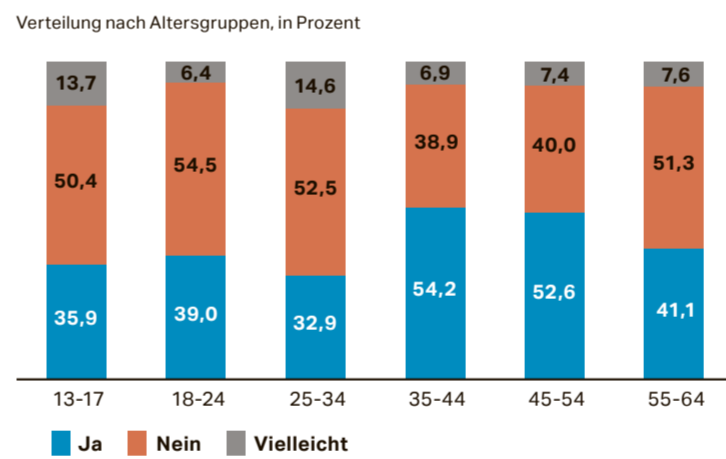
Auch die neuesten Zahlen des Flughafens Zürich lassen keinen «Greta-Effekt» erkennen: Im Juni

verzeichnete das Geschäft einen Passagierzuwachs von 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr – 2 Millionen Passagiere flogen im vergangenen Monat von und nach Kloten. Das berichtete diese Woche die NZZ. Zwar waren im Frühling die Passagierzahlen leicht rückläufig, doch über das gesamte Halbjahr hinweg spürt der grösste Flughafen der Schweiz steigende Nachfrage. Ähnliches vermelden die Flughäfen Genf und Basel-Mülhausen. Und obwohl immer mehr Passagiere ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss kompensieren – der Anbieter Myclimate verzeichnet ein Plus von 400 Prozent –, gehören sie immer noch zur grossen Minderheit: Schätzungsweise weniger als 5 Prozent sind bereit, freiwillig mehr für ihren Flug zu bezahlen.

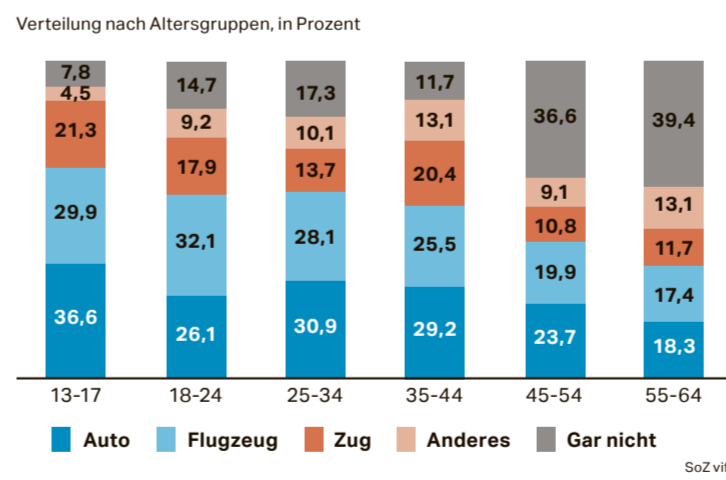
All dies setzt ein Fragezeichen hinter den Begriff der «Klimajugend». Es scheint, als habe die Bewegung breite Kreise der Jugendlichen nicht erreicht. Der 18-jährige Zürcher Gymnasiast Jonas Kampus, Mitglied bei Swiss Youth for Climate und Aushängeschild der Klimademonstranten, reagiert enttäuscht auf die Umfrageresultate: «Es stimmt mich traurig, dass weiterhin so viele Menschen fliegen.» Eine Bewegung könne viel in einem halben Jahr ändern, «doch ein Trend, wie dieser bei den Flugreisen zu beobachten ist, lässt sich wohl nicht so einfach umdrehen.»

Die «Generation Easyjet» ist mehr als ein Klischee. Diesen jüngsten, noch minderjährigen Umfrageteilnehmern lässt sich zugutehalten, dass sie möglicherweise nicht mitbestimmen können, wohin es in den Ferien geht, da sie mit ihren Eltern wegfahren. Wie also sieht die Öko-Bilanz bei den Jungen zwischen 18 und 24 Jahren aus? Noch schlechter: 32 Prozent planen dieses Jahr

### Einfluss der Klimadiskussion auf die Feriendestination



### Diese Reisemittel werden bevorzugt



### So wurden die Daten erhoben

Die repräsentative Umfrage wurde von der Firma Boomerang Ideas aus Zürich durchgeführt. Befragt wurden tausend deutsch-, französisch- und italienischsprachige Schweizer Facebook- und Instagram-Nutzer vom 9. bis 15. Juli. Die Teilnehmenden gaben Auskunft zu den Fragen, wie sie in die Ferien reisen und ob die Klimadebatte bei der Transportmittelauswahl eine Rolle gespielt hat. Alter und Standort wurden mit den Angaben der sozialen Netzwerke ermittelt. Auf Facebook ist diese Information ausserst verlässlich. Die Gewichtung nach Altersgruppe und Einwohnerzahl der sieben Schweizer Grossregionen geschah aufgrund des Schlüssels des Bundesamts für Statistik. Die Rohdaten und der Datenreport sind hier abrufbar: <https://github.com/tamedia-dj/umweltumfrage>. (bsk)

eine Flugreise – so viel wie keine andere befragte Altersgruppe. «Flugzeug. Was anderes gibts nicht!!!», schrieb ein Umfrageteilnehmer – die Befragten hatten die Möglichkeit, ihre Antworten zu kommentieren. «Weltreise mit Flugzeug, Zug, Auto und Schiff», beschrieb ein anderer seine Ferienpläne. Bereits 2015 zeigte eine Studie des Bundesamts für Statistik, dass keine Altersgruppe privat mehr fliegt als die 18- bis 24-Jährigen. Die «Generation Easyjet», die sich die Welt im Billigflieger zu eigen macht, scheint nun auch in Zeiten des Klimastreiks mehr als ein Klischee zu sein.

### Die ältere Generation macht öfter Ferien auf Balkonen

Das mag auch daran liegen, dass Flugreisen – gerade für Junge – oft verlockend günstig sind. «Viel zu billig», sagt Aktivist Jonas Kampus. Ändern werde sich wenig, «solange der Flug nach London billiger ist als die Zugreise ins Bündnerland». Zu einem ähnlichen Schluss in diesem Punkt kommt auch die SVP, die Klimajugendliche wie Kampus gerne als naive Träumer schmäht. «18- bis 25-Jährige verfügen im Vergleich zu älteren Semesterlern wohl oft nicht über die nötigen finanziellen Mittel, um sich eine der herrschenden Klimahysterie angepasste Form des Reisens leisten zu können», schreibt die Partei auf Anfrage. Die Umfrage mache deutlich, «dass sich nur Gutsituierte die linksgrünen Utopien leisten können».

Auch die Grünen begründen die Vielfliegerei der unter 25-Jährigen mit dem Budget. «Bezüglich der Einkommensverhältnisse ist diese Altersgruppe sicher am ehesten preissensibel.» Die Partei nutzt die Resultate der Umfrage, um für ein bekanntes grünes Anliegen zu werben: eine Flugticket-Abgabe. Weiter müssten Nachtzüge ins Ausland ausgebaut werden, eben-

so wie SBB-Sparbillette und Sonderangebote für Junge. Von Flugscham kann bei jungen Menschen also offenbar keine Rede sein – allerdings sind Teenager mit 21,3 Prozent in der Umfrage auch bei den Zugreisenden am besten vertreten. Bei den 55- bis 64-Jährigen waren es nur knapp halb so viele (11,7 Prozent). Anders gesagt: Die ältere Generation reist weniger mit dem Zug, aber auch seltener mit Flugzeug und Auto. Sie verbringt offenbar öfter Ferien auf Balkonen. 38 Prozent ab 45 Jahren gaben an, dieses Jahr gar nicht zu verreisen.

Daheimgebliebene weisen die beste CO<sub>2</sub>-Bilanz auf – Beweis für ein ökologisches Umdenken ist das indes noch nicht. Auch finanzielle oder gesundheitliche Gründe können einen davon abhalten, die Koffer zu packen. Denken die Schweizerinnen und Schweizer also an die Umwelt, wenn sie entscheiden, ob sie nach Thailand oder ins Berner Oberland verreisen? Auch diese Frage wurde in der Umfrage gestellt – die Antworten stimmen erneut wenig optimistisch.

Auf die Frage, ob die Klimadiskussion Einfluss auf die Wahl ihrer Feriendestination habe, gab die Hälfte der 13- bis 17-Jährigen an: nein. Nur ein Drittel bejahte, 14 Prozent waren sich unsicher. Ähnliche Resultate zeigen sich bei den weiteren jungen Altersgruppen. Erst bei den über 35-Jährigen kehrt der Trend: Eine – eher knappe – Mehrheit der Befragten zwischen 35 und 54 Jahren gibt an, ihre Ferien mit der Klimadebatte im Hinterkopf geplant zu haben. Die Umfragekommentare sind gespalten. «Diese ganze Klimahysterie geht mir völlig auf den Sack!», schreibt ein Teilnehmer. «Machen, nicht nur reden!», fordert eine Befragte. Sie scheint mit ihrer Haltung in der Minderheit zu sein. Mitarbeit: Lisa Aeschlimann, Simon Widmer

# Bundesbeamte fliegen so viel wie nie

## Der Bundesrat verlangt schon lange, dass die Verwaltung grüner wird. Trotzdem steigt die Zahl der Flüge. Die Politiker geraten unter Druck

Bern Eine neunstündige Zugfahrt nach Wien ist für Bundesbeamte nicht zumutbar. Zu gross ist der Zeitverlust, sie dürfen deshalb das Flugzeug nehmen. Dies geht aus einem Papier hervor, in dem die Umweltstelle der Bundesverwaltung den Angestellten Tipps gibt, um das richtige Verkehrsmittel für Dienstreisen innerhalb von Europa zu finden. Dabei fällt auf: Oft drückt sich die Stelle vor klaren Ratschlägen. Für Reisen nach Berlin, Brüssel, London oder Rom empfiehlt sie Zug und Flugzeug.

Im Zweifelsfall wählen die Beamten wohl eher das Flugzeug. Dieser Verdacht liegt nahe, weil die Flugreisen zunehmen. In der zivilen Bundesverwaltung stieg die Zahl der Flüge in den letzten sieben Jahren von 21 200 auf 29 700, wie das Bundesamt für Energie (BFE) mitteilt. Das entspricht einem Plus von rund 40 Prozent. Diese Entwicklung erstaunt. Seit ein paar Jahren verlangt der Bundesrat, dass die Verwaltung ihre Umweltbelastung senkt. Obwohl die Beamten animiert werden, vermehrt auf Telefon- und Videokonferenzen zu setzen, geht die Zahl der Flüge nicht zurück – im Gegenteil. «Das hat mit der zunehmenden Internationalität und mit neuen Aufträgen des Parlaments zu tun», heisst es beim BFE.

Die politischen Geschäfte erfordern «häufig die physische Vertretung von Mitarbeitenden» an Terminen, Verhandlungen, Vermittlungstätigkeiten und Konferenzen im Ausland. Immerhin könnten die Flüge im laufenden Jahr leicht abnehmen, Halbjahreszahlen der Bundesreisezentrale deuten in diese Richtung. Dennoch bleiben die Beamten unter Druck. Kürzlich beschloss der Bundesrat ein Klimapaket für die Verwaltung, darin ist eine Reduktion der Kurz- und Mittelstreckenflüge vorgesehen. Zudem ist auch das Parlament aktiv. Der grüne Nationalrat Michael Töngi verlangt etwa, dass Dienst-

reisen bis zu acht Stunden per Bahn erfolgen müssen.

Gemäss Töngi hat beim Klimaschutz aber nicht nur die Verwaltung eine Vorbildfunktion, sondern auch das Parlament. Er fordert zusätzlich eine 8-Stunden-Regel für offizielle Reisen von National- und Ständeräten: Wer es eiliger hat und das Flugzeug nimmt, soll die Kosten selber übernehmen. «Es muss selbstverständlich werden, dass man für Reisen mehr Zeit einberechnet. Trotz Klimakrise sind viele immer noch nicht bereit, einen Gang herunterzuschalten.»

### FDP-Parlamentarier sind uneins

Im ersten Halbjahr 2019 weilten mindestens 18 offizielle Parlamentsdelegationen im Ausland, 13 davon in europäischen Ländern. Fast alle Gruppen flogen – nach Berlin, Spanien, Griechenland oder Rumänien, wie die Parlamentsdienste bestätigen. Nach Wien und Rom reisten Einzelne mit der Bahn. Nur für Besuche in Paris und Strassburg sassen die gesamten Delegationen im Zug.

Mit dem freisinnigen Nationalrat Peter Schilliger findet jetzt aber sogar ein Kritiker des neuen FDP-Klimakurses, dass Parlamentarier weniger fliegen sollten. «Von ihnen darf erwartet werden, dass sie einen Beitrag an den Klimaschutz leisten.» Er fordert seine Parteikollegen in den Aussenpolitischen Kommissionen auf, sich für eine Reduktion der Reisen einzusetzen.

Damit ist auch Ständerat Damian Müller gemeint, ein Verfechter der grüneren FDP-Politik. Er findet aber, dass man auf die meisten Reisen nicht verzichten könne. Der persönliche Kontakt zum Ausland sei wichtig. «Parlamentarier sind keine Ferienreisenden.» Er betont zudem, dass er alle Flugreisen als Parlamentarier bei Myclimate kompensiere. «Auch für die Kilometer, die ich mit meinem Wahlkampfbus zurücklege, zahle ich dort ein.» Adrian Schmid

Plus von rund 40 Prozent in sieben Jahren: Für Dienstreisen wird oft der Flieger gewählt



### Dienstreisen ab Bern: Das empfiehlt der Bund

Destination	Distanz, 1 Weg in km	Reise per Bahn, Dauer in Std.	Reise per Flug, Dauer in Std.	Zeitersparnis, Flug vs. Bahn	Empfehlung
Amsterdam	840	8,5	6,0	29 Prozent	Bahn/Flug
Barcelona	940	9,0	6,0	33 Prozent	Flug
Berlin	960	8,0	5,5	31 Prozent	Bahn/Flug
Brüssel	660	6,5	5,5	15 Prozent	Bahn/Flug
Hamburg	910	7,5	5,5	27 Prozent	Bahn/Flug
London	960	8,0	6,0	25 Prozent	Bahn/Flug
Madrid	1550	13,5	7,0	48 Prozent	Flug
München	430	5,5	5,0	9 Prozent	Bahn
Nizza	600	8,5	5,5	35 Prozent	Flug
Paris	670	4,0	6,0	-50 Prozent	Bahn
Prag	810	10,5	6,0	43 Prozent	Flug
Rom	930	7,5	6,0	20 Prozent	Bahn/Flug
Wien	870	9,0	5,0	44 Prozent	Flug

Quelle: Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung